



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl, Tim Pargent, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2021;

**hier: Starke Justiz für Bayern – Sicherheit von Justizgebäuden verbessern
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2021 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 04 04 werden die Mittel in Tit. 422 01 um 0,9 Mio. Euro angehoben.

Mit den zusätzlichen Mitteln werden 50 Stellen der BesGr. A 4 (Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen) neu ausgebracht.

Der Stellenplan wird entsprechend angepasst.

Begründung:

Der Justizwachtmeisterdienst, der die Sicherheit in den bayerischen Justizgebäuden sicherstellen soll, ist erheblich unterbesetzt. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) fordert mindestens 100 zusätzliche Stellen für die erste Qualifikationsebene. Der Personalmangel führt dazu, dass nach wie vor in einem erheblichen Maße private Sicherheitsfirmen damit beauftragt werden, Eingangs- und Sicherheitskontrollen sowie Streifengänge in den Gebäuden durchzuführen. Da es sich bei den genannten Tätigkeiten um solche hoheitlicher Art handelt, sollten diese Aufgaben auch durch das dafür ausgebildete staatliche Personal des Justizwachtmeisterdiensts erfüllt werden. Auch die COVID-19-Pandemie erfordert sowohl aktuell als wohl auch künftig einen zusätzlichen Aufwand insbesondere im Bereich des Einlasses in die Justizgebäude.

Beim anzusetzenden Haushaltsbetrag wird davon ausgegangen, dass die neuen Stellen zum 1. September 2021 besetzt werden können.